

Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen



**„WEIL SIE
DIE ARBEIT
MACHEN!“**

jetzt wählen

Programm der FSG
zur AK-Wahl in Oberösterreich:
19. März bis 1. April 2019



Johann Kalliauer

AK-Präsident und
FSG-Spitzenkandidat

Andreas Stangl

FSG-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unserem Land geht es gut, doch der Druck auf die Beschäftigten steigt. Der Respekt schwindet, die Rechte der ArbeitnehmerInnen sind bedroht.

Diese Schieflage gehört ausgeglichen. Damit die Interessen der arbeitenden Menschen weiterhin zählen, muss es eine starke AK geben. Sie können dafür sorgen: Mit Ihrer Stimme für die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (Dr. Johann Kalliauer – Sozialdemokratische GewerkschafterInnen – FSG) bei der AK-Wahl von 19. März bis 1. April 2019.

Die äußerst erfolgreiche Arbeit der AK Oberösterreich soll fortgesetzt werden. Sie hat in den fünf Jahren seit der letzten Wahl mehr als 1,3 Millionen Beratungen und rund 44.000 Rechtsvertretungen durchgeführt. Dabei konnte die AK für ihre Mitglieder einen Gesamtbetrag von 370 Millionen Euro erkämpfen.

Werden alle Leistungen der AK – neben den erstrittenen Beträgen also auch die zahlreichen kostenlosen Dienstleistungen und Angebote wie Bildungsbonus und Kulturermäßigungen – in Geld bewertet, fließt der von den AK-Mitgliedern geleistete Beitrag in dreifacher Höhe wieder an sie zurück. Ein günstigeres Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen hat keine andere Institution.

Worum es bei der AK-Wahl interessenpolitisch geht, zeigt dieses Wahlprogramm. Wir brauchen keine Rückschritte wie die 60-Stunden-Woche, die Kürzung der Mindestsicherung und die Abschaffung der Selbstverwaltung der ArbeitnehmerInnen in der Sozialversicherung. Stattdessen kämpfen wir für faire Regelungen, die den Druck auf die Beschäftigten verringern und ihnen einen gerechten Anteil sichern.

Zu tun gibt es also genug. Unsere Ziele können wir aber nur mit einer starken sozialdemokratischen Mehrheit in der AK erreichen. Wir ersuchen Sie um Ihre Unterstützung. Weil die ArbeitnehmerInnen mehr Respekt verdienen!

Mit freundlichen Grüßen und Glück auf!



Johann Kalliauer



Andreas Stangl

Inhalt

Respekt	Seite 5
Schiefelage.....	Seite 5
60-Stunden-Tag.....	Seite 6
Mindestlohn.....	Seite 6
Gleichberechtigung	Seite 7
Arbeiten 50+	Seite 7
Kinderbetreuung.....	Seite 8
Urlaub	Seite 8
Pflege	Seite 9
Pensionen.....	Seite 9
Schulen.....	Seite 10
Jugend.....	Seite 10
Digitalisierung	Seite 11
Europa	Seite 11
Wohnen	Seite 12
Pendeln	Seite 12
Steuern auf Arbeit	Seite 13
Steuern für Unternehmen.....	Seite 13
Daseinsvorsorge.....	Seite 14
Integration	Seite 14
Impressum	Seite 16

Respekt

Harte Arbeit verdient faire Bezahlung und spürbare Anerkennung

Die Beschäftigten tragen mit großem Abstand am meisten zu unserer Gesellschaft bei. Wir fordern mehr Respekt vor den enormen Leistungen der ArbeitnehmerInnen. Dazu gehört jedenfalls eine faire Bezahlung. Doch bei Respekt geht es um mehr als nur um Geld: Es geht um gesunde und familienfreundliche Arbeitsplätze, an denen ein positives Betriebsklima gefördert wird, wo Anerkennung spürbar und Freizeit als solche akzeptiert wird – und wo betriebliche Mitbestimmung eine Selbstverständlichkeit ist. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern mehr Respekt vor der Leistung arbeitender Menschen. Anerkennung statt Ausbeutung muss die Devise lauten.

Schieflage

Gerechte Verteilung und Mitbestimmung für ArbeitnehmerInnen

Die Menschen in unserem Land haben den Wohlstand erarbeitet. Wir fordern, dass dieser gerecht verteilt und der soziale Zusammenhalt auch in Zukunft gesichert wird. Grundvoraussetzungen dafür sind starke Interessenvertretungen der Beschäftigten und eine positive Weiterentwicklung unseres Sozialsystems. Die Produktivität der Arbeit steigt. Auch die Gewinne der Unternehmen und die Einkünfte aus den immer größer werdenden Vermögen gehen in die Höhe. Viel weniger gut steht es um die Entwicklung der Arbeitseinkommen. Die gerechte Verteilung des Wohlstands – unter anderem durch höhere Besteuerung der Millionäre und geringere Besteuerung der Beschäftigten – wird damit mehr und mehr zu einer zentralen Aufgabe.



Nein zur 60-Stunden-Woche

Der Druck muss endlich weniger werden

Die Industrie hat bestellt und die Regierung hat geliefert: Der 8-Stunden-Arbeits-tag, der auf der Idee „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf“ aufbaut, ist seit 1. September 2018 Geschichte. Was früher die Ausnahme war, ist nun generell möglich, nämlich 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. Leistungsdruck und Stress nehmen weiter zu. Immer mehr Beschäftigte befürchten, nicht bis zur Pension durchzuhalten. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern daher eine völlige Kehrtwende bei der Arbeitszeit: Weg mit dem 60-Stunden-Wochen-Gesetz und endlich ein modernes Arbeitszeitgesetz, das den arbeitenden Menschen Planbarkeit und Autonomie garantiert und besondere Gesundheitsbelastungen berücksichtigt. Überstunden sind ausnahmslos abzugelten – in Zeit oder in Geld. Nach wie vor bleibt jede fünfte Überstunde in Österreich unbezahlt. Das sind insgesamt 45 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr. Die Vollarbeitszeit muss Schritt für Schritt verkürzt werden. Die Unternehmen sollen verpflichtet werden, ausreichend Personal einzustellen, um der krankmachenden Arbeitsverdichtung entgegenzuwirken.

Mindestlohn/Mindestgehalt

Einkommen zum Auskommen beginnt bei 1.700 Euro

Wer arbeitet, muss auch davon leben können. 2017 haben die Arbeitnehmervertreter die Einführung des kollektivvertraglichen Mindestlohns/Mindestgehalts von 1.500 Euro brutto pro Monat erreicht.

Das war ein wichtiger Zwischenschritt hin zum nächsten Ziel: 1.700 Euro brutto pro Monat, 14-mal im Jahr. Es sind noch weitere Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt notwendig. So sollte es zum Beispiel den ArbeitnehmerInnen leichter gemacht werden, von Teilzeitjobs in Beschäftigungen mit mehr Stunden zu wechseln. Dazu braucht es auch mehr Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen mit langen Öffnungszeiten. Nur dann haben Eltern tatsächlich eine Wahl zwischen Voll- und Teilzeit. Denn derzeit sind viele Elternteile gezwungen, Teilzeit zu arbeiten, um Beruf und Familie überhaupt vereinbaren zu können

Gleichberechtigung

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In Österreich ist der Einkommensunterschied besonders groß: Noch immer verdienen Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit deutlich weniger als Männer. Diese Einkommensschere muss geschlossen werden, das ist nur mit voller Einkommenstransparenz zu erreichen. Nur durch Offenlegung aller Löhne und Gehälter ist Einkommenstransparenz zu erreichen. Einkommensberichte helfen Betriebsräten, Diskriminierungen aufzudecken. Wenn ein Bericht Unterschiede aufzeigt, muss es verpflichtende Aktionspläne zu deren Beseitigung geben. In Unternehmen ohne Betriebsrat ist es schwieriger, Diskriminierungen bei den Einkommen festzustellen und zu beseitigen, weil diese zwar für die Beschäftigten, aber darüber hinaus für niemanden einsehbar sind. Wir Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen fordern, dass den gesetzlichen Interessenvertretungen und der Gleichbehandlungsanwaltschaft das Recht eingeräumt wird, bei vermuteten Lohn- und Gehaltsdiskriminierungen die Einkommensberichte aus unorganisierten Betrieben ausgehändigt zu bekommen. Nach wie vor sind Frauen in Führungsfunktionen noch immer unterrepräsentiert. In Vorständen und Geschäftsführungen finden sich lediglich 18 Prozent Frauen. Mit Freiwilligkeit wird die Gleichstellung nicht erreicht werden.

Arbeiten 50+

Faire Chance für ältere Beschäftigte durch die Aktion 20.000

Alle ArbeitnehmerInnen leisten einen wertvollen Beitrag. Gerade ältere KollegInnen bringen viel Erfahrung und viele Kompetenzen mit. Trotzdem sind sie auf dem Arbeitsmarkt oft benachteiligt. Werden sie einmal arbeitslos, bekommen sie nur schwer wieder eine neue Beschäftigung. Unternehmen stellen bevorzugt Jüngere ein. Wir müssen dafür sorgen, dass auch ältere ArbeitnehmerInnen eine faire Chance bekommen! Die erfolgreiche Aktion 20.000 muss daher wieder aufgenommen werden. Mit ihr wurden Arbeitsplätze im öffentlichen oder gemeinnützigen Bereich für ältere ArbeitnehmerInnen geschaffen. Unternehmen, die überdurchschnittlich viele ältere ArbeitnehmerInnen kündigen, sollen Strafe zahlen. Wir fordern, dass die Regierung die Erhöhung des Zugangsalters bei der Altersteilzeit zurücknimmt. Außerdem muss ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit eingeführt werden.

Kinderbetreuung

Unsere Kinder verdienen die beste Betreuung

Nur mit einem gut ausgebauten Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen lassen sich Beruf und Familie gut vereinbaren. Aufgrund der immer flexibler werdenden Arbeitswelt braucht es zusätzliche Plätze und eine Ausweitung der Öffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Vor allem müssen neue Plätze geschaffen werden, die auch mit Vollzeitarbeit vereinbar sind. Die Einführung der Nachmittagsgebühren in den Kindergärten in Oberösterreich hat die ohnehin schwierige Situation für die Familien weiter verschlechtert. Die Nachmittagsgebühren sind deshalb unbedingt abzuschaffen. Außerdem fordern wir ein kostenfreies zweites verpflichtendes Kindergartenjahr. Denn Kindergärten sind die ersten Bildungseinrichtungen. Ihre Finanzierung muss nachhaltig sichergestellt und auch vom Bund wesentlich stärker als bisher unterstützt werden.

Urlaub

Sechs Wochen Urlaub für alle nach 25 Arbeitsjahren

Das Urlaubsrecht sieht eine sechste Urlaubswoche nach 25 Jahren vor. Allerdings nur, wenn die Beschäftigten durchgehend im selben Unternehmen tätig waren. Dieser Anspruch muss für alle Beschäftigten gelten! Denn durchgehende Tätigkeit ist durch die höhere Mobilität der ArbeitnehmerInnen selten geworden. Den Beschäftigten wird immer höhere Flexibilität abverlangt - gerade in Branchen wie Handel, Tourismus, am Bau oder Leiharbeit. Wer öfter den Arbeitsplatz wechselt, erreicht damit nie einen Anspruch auf die sechste Urlaubswoche. Dazu kommt: Die Arbeitsbelastung nimmt quer durch alle Branchen zu. Die ArbeitnehmerInnen brauchen daher ausreichende Erholungsphasen, um gesund zu bleiben.

Pflege

Solidarische Finanzierung und bessere Arbeitsbedingungen

Wir brauchen ausreichend viele und gut qualifizierte Pflegekräfte. Dafür ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen notwendig. Wesentlich dafür sind faire Löhne, leistungsgerechte Personalberechnungsmethoden und gesundheitsförderliche Arbeitszeitmodelle. Mit dem Pflegefonds wurde ein erster bedeutender Schritt gesetzt, um eine finanzielle Lastenverschiebung von den Ländern und Gemeinden zum Bund zu ermöglichen. Um den Pflegefonds in Zukunft ausreichend zu dotieren, braucht es eine solidarische Pflegefinanzierung durch die Einführung vermögensbezogener Steuern für Reiche ab einer Million Euro. Das ist auch deswegen notwendig, weil schon durch den demografischen Wandel die Pflegekosten steigen werden.

Pensionen

Sicherheit auch für die kommenden Generationen

Österreich hat eines der leistungsfähigsten Pensionssysteme in der EU. Nicht ohne Grund wird es beispielsweise in Deutschland immer öfter als Vorbild genannt. EU-Berechnungen zeigen, dass auch die Finanzierung langfristig gesichert ist. Ein staatliches Pensionssystem ist weitaus stabiler und effizienter als die private Vorsorge: Als Folge der Finanzkrise wurden viele private Pensionen stark gekürzt. Wir lehnen jede Panikmache und jede weitere Kürzung der Pensionen der ArbeiterInnen und Angestellten ab, ebenso eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters! Die ArbeitnehmerInnen finanzieren sich ihre Pensionen, anders als die UnternehmerInnen und LandwirtInnen, zum allergrößten Teil selbst. Die Regierung soll nicht die teure und unsichere private Vorsorge fördern, sondern diese Mittel für das staatliche Pensionssystem verwenden!

Schulen

Mehr Personal für herausfordernde Standorte

Jede sechste Schule in Österreich kann ihre Kinder auf Grund mangelnder Ressourcen nicht ausreichend fördern. Es ist daher wichtig, eine transparente und bedarfsorientierte Schulfinanzierung zu erreichen. Deshalb fordern wir die Zuteilung der Mittel über einen Chancen-Index. Das heißt: Für Schulen mit großen Herausforderungen muss es mehr Geld geben. Dann können Schulen mit vielen SchülerInnen, die großen Förderbedarf haben, diesen Bedarf durch besondere Angebote und pädagogisches Unterstützungspersonal abdecken. Nur so sind gerechte Ausgangsbedingungen für alle Schulstandorte zu erreichen. Damit jedes Kind die Grundlage für eine gute Ausbildung bekommt! Außerdem fordern wir im Sinne der Chancengleichheit mehr kostenlose Ganztagschulen sowie eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis 15-Jährigen.

Jugend

Den jungen Menschen einen sicheren Start ermöglichen

Der Einstieg in das Berufsleben ist ein wichtiges Ereignis im Leben eines jungen Menschen. Eine der drängendsten Herausforderungen der heutigen Gesellschaft ist daher die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Gerade in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen ist das Risiko, arbeitslos zu werden, besonders hoch. Zwar beklagen die Unternehmen ständig einen Mangel an FacharbeiterInnen, sie kommen ihrer Aufgabe, auszubilden, aber immer weniger nach. Wir fordern die Unternehmen daher auf, mehr und besser auszubilden: Nur wer in Lehrlinge investiert, hat künftig auch die Fachkräfte, die er braucht. Und wir fordern eine Ausbildungsgarantie bis zum Alter von 24 Jahren. Berufsorientierung muss an den Schulen eine größere Rolle spielen und geschlechtersensibel angelegt sein: Jungen Frauen muss der Einstieg in technische Berufe erleichtert werden und umgekehrt gilt es, Burschen mehr für soziale Berufe zu interessieren. Dringend abgeschafft gehören die Gebühren für Studierende, die mehr als zwei Semester über der Mindeststudiendauer sind. Denn diese treffen vor allem jene, die nebenbei arbeiten müssen, um sich das Studium zu finanzieren.

Digitalisierung

Eine Woche bezahlte Weiterbildung pro Jahr

Digitalisierung muss die Qualität und den Wert der Arbeit erhöhen. Sie darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte wegrationalisiert werden oder die Erledigung von Aufgaben zunehmend kleinteilig und fremdbestimmt wird. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen sind bei der Digitalisierung zu berücksichtigen. Dazu müssen Betriebsrat und Belegschaft in Entscheidungsprozesse eingebunden und betroffene MitarbeiterInnen frühzeitig durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden. Außerdem braucht es einen gesetzlich verankerten Anspruch auf eine Woche Weiterbildung pro Jahr in der bezahlten Arbeitszeit. Zudem soll die gestiegene Produktivität auch den Beschäftigten in Form von Zeit und Geld zugute kommen. Schrittweise Verkürzung der Vollarbeitszeit wirkt dem Rationalisierungsdruck entgegen und sichert die Arbeitsplätze.

Europa

Menschen fördern statt Konzerne

Wir Sozialdemokratische GewerkschafterInnen stehen für ein soziales Europa, in dem nicht die Eliten im Mittelpunkt stehen, sondern jene, die mit ihrer täglichen Arbeit echte Werte schaffen. Dafür brauchen wir faire Arbeitsbedingungen. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping ist uns ein zentrales Anliegen. Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss eine wichtige Grundregel sein. Europa soll ein Leuchtturm für sozialen Fortschritt und Demokratie werden. Deswegen braucht es hohe Arbeits-, Konsumentenschutz- und Umweltstandards auf EU-Ebene, die für alle Mitgliedsstaaten gelten. Gleichzeitig ist aber für den Schutz höherer Standards in Österreich zu sorgen, damit erkämpfte Rechte nicht unter Verweis auf niedrigere EU-Standards („Goldplating“) oder durch internationale Abkommen wie CETA oder TTIP unterlaufen oder gar beseitigt werden.

Wohnen

Taugliche Mietobergrenzen und geförderter Wohnraum

Es braucht taugliche Mietobergrenzen. Der gesetzliche Richtwert für den Mietzins darf nicht länger umgangen werden. Zuschläge müssen auf höchstens 20 Prozent des Richtwerts begrenzt werden und müssen nachvollziehbar im Mietvertrag stehen. Befristungen bei privaten Wohnungsvermietungen müssen untersagt werden. Die Annuitätensprünge bei den Rückzahlungen der Förderdarlehen können zu massiven Erhöhungen der Mieten führen und gehören daher abgeschafft. Denn Wohnen darf keinesfalls zum Luxus werden. Darum ist eine Wohnbauoffensive durchzuführen, mit der wesentlich mehr geförderte Wohnungen errichtet werden. Der Bodenpreisexplosion muss durch gesetzliche Maßnahmen, wie entsprechende Widmungen, entschieden begegnet werden. Die Grundstücksreserven der öffentlichen Hand sind vorrangig für den geförderten Wohnbau zu sichern und vergeben.

Pendeln

Arbeitswege leistbar, sicher und umweltfreundlich machen

In Oberösterreich pendeln täglich hunderttausende ArbeitnehmerInnen von ihrem Wohnsitz zum Arbeitsplatz und wieder zurück. Viele legen dabei beträchtliche Strecken zurück. Die meisten PendlerInnen, auch die meisten AutofahrerInnen, wünschen sich höhere Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Wir fordern einen gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich. Dieser Ausbau hilft auch der Umwelt. Außerdem treten wir für eine weitere Verbesserung der Pendlerförderung ein: Künftig soll es einen entfernungsabhängigen Aufwandsersatz geben, der wesentlich fairer ist als das jetzige Pauschale. Von den ArbeitnehmerInnen wird immer höhere Flexibilität gefordert, die Arbeitswege werden für viele daher länger und aufwändiger. Dafür braucht es Unterstützung.

Steuern auf Arbeit

Arbeit geringer besteuern

Österreich liegt bei Steuern auf Arbeitseinkommen im Spitzenfeld. Das zeigte eine OECD-Studie 2018 auf. Die Hälfte der Staatseinnahmen hängt an den ArbeitnehmerInnen. Die vermögensbezogenen Steuern tragen nicht einmal drei Prozent zum Staatshaushalt bei. Während Löhne und Gehälter hierzulande sehr hoch besteuert werden, zählt Österreich bei der Besteuerung von Vermögen international zu den Schlusslichtern. Wer sich durch Arbeit ein Vermögen aufbaut, muss sehr hohe Abgaben zahlen. Wer bereits ein Vermögen besitzt, erbt oder geschenkt bekommt, muss dafür fast keine Steuern zahlen. Das muss sich ändern: Jene Menschen, die ein Privatvermögen in Millionenhöhe besitzen, müssen einen größeren Beitrag leisten, die ArbeitnehmerInnen hingegen müssen steuerlich entlastet werden: Nötig sind sowohl eine Senkung der Steuersätze für kleine und mittlere Einkommen als auch die jährliche Anpassung der Steuerstufen an die Inflation (Abschaffung der „kalten Progression“). Durch die Anhebung der Vermögensbesteuerung auf den Durchschnitt der EU-Staaten könnten die Lohnsteuer reduziert und Investitionen in Bildung, sozialen Wohnbau sowie Pflege erhöht werden.

Steuern für Unternehmen

Keine Steuergeschenke für Konzerne

Anstatt die Unternehmenssteuern weiter zu senken, müssen die Steuerschlupflöcher geschlossen und wirksame Maßnahmen gegen die Steuertricks der Konzerne ergriffen werden. In ganz Europa sind die Unternehmenssteuern in den letzten 20 Jahren deutlich gesenkt worden. Den ArbeitnehmerInnen wird jeden Monat automatisch die Lohnsteuer abgezogen: Sie können sich nicht aussuchen, ob und wieviel Steuern sie zahlen wollen. Multinationale Unternehmen sollen künftig mehr Steuern zahlen. Deswegen ist ein Mindeststeuersatz für Konzerne notwendig, ebenso die Schließung der Steuerfluchtrouten. Der entstehende finanzielle Spielraum muss für eine Entlastung der Arbeitseinkommen

verwendet werden.

Öffentliche Dienstleistung

Ausverkauf durch Privatisierung
strikt abzulehnen

Oberösterreich ist eine lebenswerte Region. Das liegt auch an der hervorragenden Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Internationale Studien zeigen die negativen Folgen der Privatisierung: Sie führen zu erhöhten Preisen, einer schlechteren Versorgung für die BürgerInnen, geringen Investitionen in die Infrastruktur, Kontrollverlusten sowie niedrigeren Löhnen für die MitarbeiterInnen der Städte und Gemeinden. In Frankreich und Deutschland haben in den letzten 15 Jahren mehr als 120 Städte und Gemeinden ihre Wasserversorgung in die öffentliche Hand zurückgenommen, zum Beispiel Paris, Nizza und Berlin. Wir fordern, dass Land und Gemeinden konsequent in die öffentlichen Dienste investieren. Diese müssen auch in Zukunft hochwertig und für alle OberösterreicherInnen leistbar sein.

Integration

Respekt und faire Chancen
muss es für alle geben

Auf dem Arbeitsmarkt darf niemand benachteiligt werden – nicht beim Zugang zur Arbeit, nicht bei der Bezahlung, nicht bei den Aufstiegsmöglichkeiten. Das gilt unabhängig davon, wo jemand geboren und aufgewachsen ist. Diese Gleichbehandlung durch den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping herzustellen, bleibt eine wichtige Aufgabe – in den Betrieben, für die zuständigen Behörden und das AMS. In den nächsten Jahren ist eine rasche und gute Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt dringend notwendig. Dafür braucht das AMS wieder ausreichende Mittel, um genügend Deutsch- und Qualifizierungskurse anbieten zu können. Die Regierung muss ihre Hausaufgaben machen.



OBERÖSTERREICH 19.3. BIS 1.4.



2019

OBERÖSTERREICH 19.3. BIS 1.4.

**„HEY,
WIR MACHEN
DIE ARBEIT!“**

WIR ARBEITNEHMERINNEN IN OÖ.



Liste 1 
Dr. Johann Kalliauer
**Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen**

Wir kämpfen für faire Regelungen, die den Druck auf die Beschäftigten verringern und ihnen einen gerechten Anteil sichern.

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

Eine starke AK braucht eine starke sozialdemokratische Mehrheit.

Wir ersuchen Sie um Ihre Unterstützung!

Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat



Liste 1



Dr. Johann Kalliauer

**Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen**